

---

## FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 04.05.2018

### » EIN NEUER AUFBRUCH FÜR EUROPA – FÜR EINE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE REFORMPARTNERSCHAFT



Vor 20 Jahren beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs den historischen Schritt, eine gemeinsame europäische Währung einzuführen. Dieser Schritt war ein Meilenstein für Europa. Jedoch hatte die europäische Währungsunion von Anfang an Konstruktionsfehler. Zehn Jahre nach Einführung des Euros legte die Finanzkrise die Probleme schonungslos offen.

Zehn Jahre später ist Europa noch immer von dieser Krise gezeichnet. Trotz ökonomischen Aufschwüngen in mehreren Ländern haben die Ungleichgewichte und Ungleichheit zugenommen. Die gefährlichen Nebenwirkungen einer verfehlten Krisenpolitik treten offen zu Tage. Millionen junger Menschen sind nach wie vor ohne Arbeit, die Staatshaushalte ächzen unter der Last der übernommenen Bankschulden, viele Banken sind noch immer unterkapitalisiert.

Bis heute wurde versäumt, die nötigen Lehren zu ziehen, um Europa krisensicher für die Zukunft aufzustellen. Europa steht vor einer zentralen Bewährungsprobe. Bestehen wird Europa nur mit der Bereitschaft zur Veränderung und dem Willen für mehr gemeinsames Handeln. Gelingt es Europa krisenfest zu machen? Gelingt es die großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu gestalten – der Kampf gegen die Klimakrise, die Digitalisierung, die Gestaltung der Globalisierung, die Reduzierung der Ungleichheit, der Umgang mit den außenpolitischen Krisen? Gelingt es die inneren Risse zu überwinden – die sozialen Verwerfungen, die antieuropäischen und rechtspopulistischen Bedrohungen, die autoritären Entwicklungen in einigen Mitgliedsstaaten? Diese Fragen treiben uns um.

Wir Grüne im Bundestag haben eine klare Antwort auf diese Bewährungsprobe. Unsere Reformvorschläge haben wir gemeinsam mit der grünen Europafraktion bereits 2016 in einer Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union (EU) dargelegt. Als überzeugte EuropäerInnen sagen wir: Wir wollen das Miteinander, wir wollen diese Union erhalten und mit Mut zur Veränderung unsere europäische Zukunft gestalten.

Obwohl insbesondere eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion dringend nötig ist, wird seit Jahren ergebnislos debattiert und blockiert. Nun droht sich das Fenster für Reformen wieder zu schließen. Es ist von großer Bedeutung, die verbleibende Zeit bis zur Europawahl 2019 zu nutzen. Der andauernde Reformstau ist Wind in die Segel von EuroskeptikerInnen und denjenigen, die ein Zurück auf die nationale Scholle propagieren. Im anstehenden Europawahlkampf können die pro-europäischen Kräfte nur überzeugen, wenn sich Europa hier endlich handlungsfähig zeigt und ein zukunftsfähiges Europa für die Menschen greifbar wird.

Signale der Hoffnung waren 2017 die Wahl in Frankreich sowie die mutigen inhaltlichen Aufschläge zur Zukunft der EU von Kommissionspräsident Juncker und des französischen Präsidenten Macron. Wir wollen die Chance, die sich augenblicklich bietet, ergreifen – auch wenn wir gerade in Fragen der Atompolitik, der Flüchtlingspolitik und einigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik klare Differenzen zu der Agenda von Präsident Macron haben und obwohl wir nicht jeden Punkt seiner europäischen Agenda, zum Beispiel in Fragen der Beitrittsperspektive des Westbalkans oder eines

Kerneuropakonzepts, teilen. Aber im Gegensatz zur deutschen Bundesregierung streitet Macron mutig für die EU und will einen Neuanfang.

Deutschland muss endlich antworten. Es geht darum, die jahrelange Blockade zwischen Deutschland und Frankreich bei der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) aufzubrechen. Wir Grünen im Bundestag wollen in Partnerschaft mit Frankreich und mit unseren anderen europäischen Partnern Europa endlich krisenfester und demokratischer machen. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD versprach einen großen Aufbruch. Aber die letzten Wochen erfüllen uns mit Sorge. Bisher beschränken sich die Beiträge der großen Koalition auf Bedenkenträgerei bei der längst vereinbarten Einlagensicherung zur Vollendung der Bankenunion, auf das Auftürmen neuer Hürden bei der Überführung des Rettungsschirms ESM in einen Europäischen Währungsfonds und auf Ablenkungsmanöver, wie Merkels Vorschlag der Schaffung eines „Jumbo-Rates“. Union und SPD drohen die historische Messlatte zu reißen. Es ist unverantwortlich, dass ausgerechnet Deutschland als großer Profiteur der WWU, deren Stabilisierung nun blockiert.

Anstatt die beherzten Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, aufzugreifen oder eigene ambitionierte Vorschläge zu präsentieren, wird aus Berlin genörgelt und gebremst. Wer selbst keine Vision für die Zukunft der EU hat, sollte die guten Ideen anderer nicht einfach ideologisch blockieren.

Wieder einmal dominieren innenpolitische Abgrenzungsversuche die europapolitische Debatte: die Angst der Union vor der AfD, die Angst der CSU vor der bayrischen Landtagswahl, die Angst der SPD vor der Zukunft und die Angst der großen Koalition, jetzt ihren vereinbarten Aufbruch für Europa auch tatsächlich mutig anzugehen.

Die EU besteht nicht nur aus Deutschland und Frankreich. Aber angesichts von Regierungen gerade auch in Teilen Osteuropas, die die Europaskepsis bewusst schüren und der ablehnenden Haltung einiger nordeuropäischer Staaten, kommt es nun entscheidend darauf an, dass Deutschland und Frankreich, gemeinsam mit Kommission und Parlament, eine starke Reformallianz bilden. Diese Reformallianz muss offen für andere sein, sie darf nicht ausgrenzen, aber sie muss den Mut haben, voranzugehen. Dabei kann das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit hilfreich sein.

Die notwendige Reformallianz muss endlich die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion ermöglichen. Denn hier herrscht der größte Stillstand.

Europa darf nicht in die nächste Krise schlafwandeln. Nur mit Reformen für mehr Stabilität, mehr Investitionen in soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie ist Europa für zukünftige Herausforderungen gewappnet. Deutschland und Frankreich sollten folgende Vorschläge ins Zentrum stellen:

### » **Zukunftsfonds einrichten und gemeinsam investieren**

Wir haben die nächsten zehn Jahre im Blick und wollen Europa für die Zukunft besser aufstellen. Das heißt für uns: Investitionen stärken, Arbeitsplätze schaffen und dies gerechter finanzieren. Ein Zukunftsfonds im Rahmen des neuen mittelfristigen Finanzrahmens soll gezielt die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedsländern ankurbeln. Er soll Mitgliedsstaaten ein Anreiz sein, entschieden gegen Steuerhinterziehung vorzugehen und größere Konzerne wirksam zu besteuern. Denn die Mittel sollen nur den Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen, die sich auch an der Finanzierung beteiligen.

## » Stabilisierungsbudget einrichten

Die Eurokrise hat deutlich gemacht, dass es der Eurozone an wirtschaftlicher Stabilität mangelt. Deshalb gilt es, die Konjunkturzyklen innerhalb der Eurozone abzufedern und somit makroökonomische Stabilität zu sichern. Dazu braucht es ein Budget, das in relevantem Maße öffentliche europäische Güter, wie ein gemeinsames Eisenbahnnetz, ein europäisches Stromnetz für erneuerbare Energien oder eine flächendeckende digitale Infrastruktur für Europa, finanziert. Dieses Budget soll möglichst im Rahmen des mittelfristigen Finanzrahmens für alle Mitgliedsländer der Union offen sein. Es speist sich aus gemeinsamen konjunkturabhängigen Steuern. Insbesondere wollen wir eine gemeinsame Unternehmenssteuer vorantreiben, die besonders antizyklisch wirkt, Bürokratie für grenzüberschreitende Unternehmen abbaut und Steuerdumping beendet. Durch ein so finanziertes Budget werden Mitgliedsstaaten in konjunkturell schwachen Zeiten entlastet. Das stützt die Wirtschaft und bewahrt Arbeitsplätze.

## » Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds

Konstruktionsfehler in der Architektur unserer gemeinsamen Währung traten durch die Finanzkrise schmerzhaft zu Tage. Ein wesentliches Versäumnis lag darin, keine gemeinsame Feuerwehr für Staaten in Not aufgebaut zu haben. Dies wurde dann allzu hektisch nachgeholt. Jedoch blieb der Rettungsschirm ESM ein Provisorium, das noch in Gemeinschaftsrecht überführt werden soll. Europa sollte seine Krisen in Zukunft selbst lösen können – ohne Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und nach eigenen Regeln, demokratischer und transparenter. Dafür muss der ESM zu einem von nationalen Parlamenten und vom Europäischen Parlament kontrollierten Europäischen Währungsfonds (EWF) als vollwertige EU-Institution ausgebaut werden. Auch hier spielt die Bundesregierung, insbesondere die Unionsfraktion, die nun Vertragsänderungen vorschiebt, ein falsches Spiel. Die Unionsfraktion und Bundeskanzlerin Merkel wollen den EWF nur nach einer großen Änderung der EU-Verträge einführen. Damit wird das Projekt auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben, statt es auf der Basis der Vorschläge der EU-Kommission zu realisieren. Anstatt den Währungsfonds demokratischer zu machen wollen CDU und CSU die Kommission entmachten und den Fonds zu einer neuen permanenten Troika ausbauen. Die Überwachung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes muss jedoch schon aus demokratischen Gründen bei der EU-Kommission verbleiben.

## » Vollendung der Bankenunion

Eine der Lehren aus der Finanzkrise war es, Banken nie wieder durch Steuergelder zu retten. Dafür haben wir den Aufbau der Bankenunion vorangetrieben. Dass die Bundesregierung nun überfällige Schritte wie die Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds (Backstop) oder die Europäische Einlagensicherung auf die lange Bank schiebt, ist verantwortungslos. Juristische Bedenken werden dazu missbraucht, sich den nächsten notwendigen Schritten zu verweigern. Dieses Spiel ist nur allzu durchschaubar. Aber nur eine vollständige Bankenunion kann den Teufelskreis aus Bank- und Staatsschulden beenden. Längst überfällig ist ein deutscher Vorschlag für eine vollständige Rückversicherung der Einlagensicherungssysteme. So können die Institutssicherungssysteme kleiner Banken erhalten bleiben und trotzdem Einlagen überall in Europa auf gleichem Niveau gesichert werden. Wir wollen noch in diesem Jahr zu einer grundsätzlichen Einigung über die Bankenunion kommen. Bei der Umsetzung müssen Risikoabbau im Bankensektor und Risikoteilung in Einklang umgesetzt werden.

## » Soziale Dimension der WWU vertiefen

Auch mehr soziales Europa beugt Krisen vor und wirkt stabilisierend. Europa braucht neue Strukturen und auch einen grenzüberschreitenden sozialen Ausgleich, um mit sozialen Schieflagen künftig besser umgehen zu können und wirtschaftliche Krisen auszugleichen. Wir wollen daher, dass die EU verbindliche Mindeststandards für angemessene und existenzsichernde Grundsicherungssysteme und Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten schafft.

## » Mehr Demokratie in der Eurozone

Wir unterstützen die Idee eines Europäischen Kommissars, der gleichzeitig Vorsitzender der Eurogruppe ist. Dadurch bekommt das Europaparlament mehr Kontrolle über die bisher intransparente Eurogruppe der FinanzministerInnen. Die Eurogruppe muss die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten für den Rat der Mitgliedsländer umsetzen und seine Dokumente sowie Protokolle veröffentlichen. Auf europäischer Ebene ist und bleibt dabei für uns das Europaparlament das Parlament für den Euro. Weitere Parallelparlamente für die Eurozone braucht es nicht.

## MUT ZU EUROPA

Europas Zukunft entscheidet sich jetzt. Sie muss demokratisch und öffentlich diskutiert werden. Die kommenden Europawahlen sind mehr denn je eine Abstimmung über die Zukunft Europas. Sie gilt es zu nutzen, um die Menschen für Europa neu zu begeistern. Wir werden gemeinsam mit der grünen Europafraktion die öffentliche Debatte über einen europäischen Aufbruch vorantreiben. Und wir wollen den Dialog mit den BürgerInnen über Europas Zukunft in die Fläche tragen.

Die EU steht auf einem klaren Wertefundament: Achtung der Menschenwürde, Demokratie, individuelle Freiheit, Menschenrechte, Gleichheit, ökologische Verantwortung und Rechtsstaatlichkeit. Berlin muss deutlich machen, dass es klar auf der Seite derer steht, die diese Werte hochhalten und neu beleben wollen. Präsident Macron hat recht: Es kann bei den Werten kein Europa der zwei Geschwindigkeiten geben. Dahinter muss sich die große Koalition eindeutig stellen. Das gilt insbesondere für die CSU, die ihr unheiliges Bündnis mit einem ungarischen Präsidenten aufgeben muss, der einen rassistischen, antisemitischen und offen europafeindlichen Wahlkampf geführt und zunehmend autokratisch agiert.

Europas Bewährungsprobe ist auch eine entscheidende Bewährungsprobe für die große Koalition. Wir fordern Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Scholz auf, in der kommenden Sitzungswoche im Parlament endlich einen aktiven, proeuropäischen und solidarischen Beitrag Deutschlands zu formulieren und alles dafür zu tun, dass Ende Juni auf dem Europäischen Rat entscheidende Reformschritte für die Wirtschafts- und Währungsunion gegangen werden.